

Beschluss des Bezirksvorstands der GEW Frankfurt am 18.1.2022

Die GEW Frankfurt stellt im DGB-Vorstand Region Rhein-Main am 15.02.22 den folgenden Antrag:

„Der DGB-Vorstand Region Rhein-Main möge beschließen:

Der DGB Region Rhein-Main unterstützt das Vorhaben, KollegInnen aus dem Iran nach Deutschland einzuladen, um durch öffentliche Veranstaltungen, organisiert von den DGB-Gewerkschaften, dem Widerstand der iranischen Arbeiterschaft gegen das Mullah-Regime eine authentische Stimme zu geben und Gehör zu verschaffen.“

Zur Begründung: Seit über 2 Jahren arbeiten iranische KollegInnen im deutschen Exil und deutsche KollegInnen aus verschiedenen Gewerkschaften im Rhein-Main-Gebiet zusammen, um auf die anhaltende Repression der Gewerkschaftsbewegung im Iran durch das Mullah-Regime einerseits, aber auch auf den anhaltenden und sich in neuen Formen manifestierenden Widerstand großer Teile der Bevölkerung, der Arbeiterschaft, Rentner und Jugend Irans andererseits aufmerksam zu machen. Zur jüngsten Streik- und Aktionswellen der Lehrerschaft im Iran verweisen wir auf : www.labournet.de/internationales/iran/gewerkschaften-iran/iran-unterdrueckung-von-lehrergewerkschaftern-und-aktivisten-geht-weiter-ihr-kampf-auch/

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/lehrkraefte-erleben-unrecht-und-armut>

Aus dieser Zusammenarbeit entwickelte sich unter anderem das Vorhaben, KollegInnen aus verschiedenen Bereichen dieser gewerkschaftlichen Kämpfe nach Deutschland einzuladen (wie es auch schon in 2018 geschah, wobei die Initiative von den Vorständen der französischen Gewerkschaften ausging; damals fand im DGB-Haus Frankfurt auch eine sehr gut besuchte Veranstaltung statt). Sie könnten über das breite Spektrum des unbeugsamen Widerstandes gegen Privatisierung von Staatsbetrieben, Korruption, Verweigerung elementarer Gewerkschaftsrechte, Kampf für Tariflöhne und auskömmliche Renten berichten und ein Gegengewicht zur fast totalen Orientierung der Mainstream-Medien an den „Atomverhandlungen“ bilden. Nicht zuletzt könnten die Veranstaltungen zu weiteren Initiativen der deutschen Gewerkschaften gegen die Repression und für die Freilassung der inhaftierten GewerkschaftskämpferInnen anregen.